

---

## **Die Perspektive von Innen: Anschauungen von Kontinuität und Wandel in den preußischen Reformen**

---

Paul Nolte

### **I. Reformen und Zeitbewusstsein**

In der politischen Sprache Deutschlands hat der Begriff der „Reform“ eine wohl auch im internationalen Vergleich besondere Bedeutung gewonnen. Er bezeichnet das Streben nach umfassenden, nicht auf einzelne Maßnahmen oder Gesetze beschränkten Veränderungen, die auch über das politische System hinausreichen und den Anspruch auf eine Transformation der Gesellschaft erheben: auf so etwas wie eine „Revolution“, die sich jedoch in staatlich-administrativer Moderierung vollzieht.

Die meisten Komponenten dieses Begriffes verweisen ziemlich unmittelbar auf die Reformzeit des frühen 19. Jahrhunderts, vor allem in Preußen, zurück, nicht zuletzt die Abgrenzung von der Revolution. In den preußischen Reformen—nicht in der begrifflich eng verwandten Reformation,<sup>1</sup> nicht in den Reformen des 18. Jahrhunderts<sup>2</sup>—konstituierte sich das Paradigma moderner, politisch und gesellschaftlich tief greifender, ebenso in die Zukunft geplanter wie die Gegenwart kontrollierender Veränderung in Deutschland. Sicher macht es einen Unterschied, ob man die Reformen des frühen 19. Jahrhunderts mit Begriffen der Modernisierung „liest“, oder ob man den Reformern in ihren Intentionen, in ihrem Handlungsbewusstsein Absichten der Modernisierung, der Gesamtplanung einer besseren Zukunft, unterstellt. In Hans-Ulrich Wehlers Deutung der Reformen als „defensive Modernisierung“ kommt beides zusammen: analytisches Konzept *und* Rekonstruktion einer Perspektive der Handelnden, in der sie, bewusst verteidigend und verändernd zugleich, auf die Herausforderung der Französischen Revolution reagierten.<sup>3</sup>

Vielleicht müsste man das einmal genauer überprüfen. Vertrat „der um Hardenberg angesiedelte Personenkreis selbst so etwas wie eine Modernisierungstheorie“; und was bedeutet es, wenn Scharnweber „von der Machbarkeit der Geschichte nachweislich überzeugt“ war?<sup>4</sup> Welches Bewusstsein von Veränderung brachten die Reformen selber zum Ausdruck? Lassen sich die „Rigaer Denkschriften“ Altensteins und Hardenbergs vom September 1807 als „Orientierungsrahmen 1817“ oder als ein „Szenario Preußen 1830“ verstehen? Zur Debatte steht also das Selbstverständnis und der Handlungshorizont von „Reform“, über den die Reformen selber verfügten bzw. den sie in ihren Schriften formulieren konnten. Dazu kann dieser Vortrag nur einige skizzenhafte Überlegungen anbieten, einige wenige Indizien präsentieren—möglicherweise wäre eine gründlichere Untersuchung dazu lohnend. Ich folge damit einem Impuls der Forschung zu den Reformen, den ich schon früher als Trend einer (Re-) Historisierung gekennzeichnet habe.<sup>5</sup> Damit ist keine Rückkehr zu Anschauungen

und Urteilen des 19. oder frühen 20. Jahrhunderts gemeint, sondern der Versuch einer Rekonstruktion der „Innen“-Seite, wie er in verschiedenen Ansätzen der Kultur- und Diskursgeschichte immer unternommen worden ist. Besondere Aufmerksamkeit gilt, im Anschluss an Grundfragen Reinhart Kosellecks, den Zeithorizonten der Reformen und den Strategien der Verzeitlichung.<sup>6</sup> Zugleich soll die Frage danach, welches Bewusstsein die Handelnden selber von der Veränderung der Gesellschaft hatten, eine Brücke zu der Denkfigur von den „heißen“ und „kalten“ Gesellschaften schlagen, die Harald Kleinschmidt im Anschluss an Claude Levi-Strauss und Jan Assmann als Leitmotiv für diese Tagung vorgeschlagen hat. Die These des folgenden, knapp vorweggenommen, ist eine doppelte: Die expliziten Zukunftsperspektiven der Reformen erscheinen begrenzter als häufig angenommen; auch die Radikaleren unter ihnen wollten dezidiert etwas Neues schaffen, doch meist ohne die Vorstellung eines „modernisierenden“ Geschichtsverlaufes in der Zukunft. Ihr Modus des Veränderungsdenkens lässt sich als „heiß“ charakterisieren, doch war es eher eine partielle Erhitzung, auf die am Ende der Reformen auch wieder eine „Abkühlung“ folgte.

## **II. „Phönix aus der Asche“: Die Schaffung des Neuen in der Krise der Gegenwart**

Um den Handlungshorizont der Reformen zu verstehen, muss man zunächst an die äußere Situation Preußens in den Jahren 1806/07 erinnern: an die verheerende militärische Niederlage bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806, den Einzug Napoleons in Berlin wenig später, den Frieden von Tilsit im Juli 1807, der das preußische Territorium fast halbierte und nach Osten verschob. Es herrschte, auch ganz praktisch gesehen, Ausnahmezustand; die Regierung war auf der Flucht; von Tilsit über Memel bis Riga waren die zentralen Akteure zeitweise verstreut. Militärische, fiskalische, unmittelbar administrative Fragen drängten sich auf und bestimmten das Tagesgeschäft. In den Quellen abseits der großen „Denkschriften“ gewinnt man einen Eindruck von dieser den Regierungsalltag bedrängenden Konstellation. Das waren nicht die Umstände für den Entwurf großzügiger Entwicklungspläne in eine ferne Zukunft hinein, denn man wusste zunächst kaum, was die nächsten Tage, Wochen, Monate bringen würden. Als Schroetter im November 1807 einen Plan zur langfristigen Tilgung der Kriegsschulden vorlegte, bemerkte Stein dazu, es ließe sich „im voraus zwar nicht übersehen“, „wie lange die Einkommensteuer notwendig sein“ werde. „Es ist aber nicht anzunehmen, dass sie 12 Jahre lang erforderlich sein wird. Dieser Zeitraum scheint indessen auch sehr lang“; die Schuldentilgung solle vielmehr in drei Jahren möglichst abgeschlossen sein.<sup>7</sup> Eine solche Äußerung mag man als Indiz dafür verstehen, in welchen konkreten Zeiträumen die Akteure dachten. Aber Hinweise dieser Art sind überhaupt sehr selten. Das planende politische Denken entlang einer Zeitskala war nicht nur in der chaotischen Situation Preußens schwierig—es entsprach offenbar grundsätzlich kaum der Denkweise des beginnenden 19. Jahrhunderts.

Auf der anderen Seite war der Zusammenbruch der Staatsordnung so gründlich und unübersehbar, dass Reparaturarbeiten nicht mehr ausreichten. Die Tiefe der Zäsur begünstigte die Vorstellung, nun müsse etwas Neues geschaffen werden, das der alten Ordnung, die im Zusammenbruch ihre Schwäche gezeigt habe, überlegen sei. Die „neue Verwaltung“, so Klewitz in seiner „Grundidee zur Organisation des Preußischen Staates“ unmittelbar nach dem Friedensschluss in Tilsit, „muss nicht das Alte herstellen wollen, sondern das Bessere neu schaffen, damit nicht auch der Rest des morschen Gebäudes zusammenstürze“.<sup>8</sup> Ganz ähnlich erklärte Altenstein zu Beginn seiner „Rigaer Denkschrift“ den preußischen Staat für „untergegangen, und es entsteht jetzt bei dem erfolgten Frieden ein neuer Staat“, eine „neue Schöpfung“.<sup>9</sup> Und Hardenberg spitzte diese Sichtweise rhetorisch noch zu: „Ein Phönix erstehe aus der Asche“.<sup>10</sup> In diesen und ähnlichen Metaphern scheint ein Bewusstsein auf, das von einer Überzeugung des „Neuen“—auch das war eine Leitvokabel Hardenbergs und seiner Mitstreiter—getragen war, von der Überzeugung, hier und jetzt einen Staat neu zu konstruieren. Das implizierte jedoch keineswegs das Bewusstsein einer langfristigen Veränderung, einer modernisierenden Transformation in die Zukunft hinein; eine „lineare“ oder evolutionäre Perspektive des Fortschritts war damit keineswegs automatisch verbunden.

Die Betonung des Neuen im Umfeld Hardenbergs unterschied sich gleichwohl von jenen Stimmen, die Krise und Zusammenbruch ähnlich klar einräumen mochten, aber daraus die Notwendigkeit einer Rekonstruktion ableiteten. Oder es sich ließ beides verbinden, wie in der Präambel des Oktoberedikts: „Nach eingetretenem Frieden hat Uns die Vorsorge für den gesunkenen Wohlstand Unserer getreuen Untertanen, dessen baldigste Wiederherstellung und möglichste Erhöhung vor allem beschäftigt.“<sup>11</sup> Die leitende Idee, „seine Kräfte frei zu gebrauchen“, wurde schon in diesem Zusammenhang (und nicht erst von Hardenberg) klar ausgesprochen.<sup>12</sup> Aber wiederum sollte man vorsichtig sein, daraus auf die Vorstellung eines Zusammenhangs von „Reformen“, oder der einen, alles einschließenden „Reform“ im „Kollektivsingular“ (Koselleck) zu schließen. Es ist bekannt, dass die Akteure des frühen 19. Jahrhunderts den Begriff der Reform(en) selten überhaupt benutzten; die Kennzeichnung als „Preußische Reformen“ ist erst eine nachträgliche Zuschreibung in der liberalen Historiographie ein halbes Jahrhundert später.<sup>13</sup> Auch darin liegt ein auffälliger Unterschied zu Reformdiskurs und Reformbewusstsein des späten 20. Jahrhunderts.

Wenn man zwischen „Traditionalisten“ und „Rationalisten“ auch unter den preußischen Reformern unterscheiden will,<sup>14</sup> dann mochte sich der Traditionalismus eher an der Geschichte orientieren; der Rationalismus dagegen war sich über die Zukunft im Sinne eines offenen, nach vorne gerichteten Zeithorizontes, der durch den Willen der Akteure bewusst gestaltet werden konnte, gar nicht so sicher. Hardenberg sprach von dem „großen Weltplan einer weisen Vorsehung“, doch zwischen diesem Plan und den politische Handelnden klappte eine unüberbrückbare Lücke. Es sei „unserem Blick nicht vergönnt ..., tief in diesen Plan einzudringen“; sein Zweck lasse sich nur „vermuten“. Der Staat müsse „den wahren Geist

der Zeit fassen“ und „sich in jenen Weltplan durch die Weisheit seiner Regierung ruhig hinein arbeiten“. <sup>15</sup> Es ging wohl um die „Veredelung der Menschheit“, <sup>16</sup> eine Entwicklungs- oder Stufentheorie des Fortschritts war damit aber nicht gemeint. Bekannt ist Hardenbergs ironischer Hinweis auf Louis-Sébastien Merciers 1771 erschienene utopische Schrift über das Jahr 2440: „Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung: dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist. Die reine Demokratie müssen wir noch dem Jahre 2440 überlassen, wenn sie anders je für den Menschen gemacht ist.“<sup>17</sup> Darin kommt nicht nur eine politische Auffassung zum Ausdruck, sondern auch geradezu die Weigerung, sich auf eine Temporalisierung des eigenen politischen Handelns einzulassen: Demokratische Grundsätze werden jetzt, in der Gegenwart, gebraucht; alles andere ist müßige Spekulation.

Jedoch ließ sich, wie die Reformer schmerzlich erfahren mussten, nicht alles sofort und umstandslos realisieren. Aus praktischen Schwierigkeiten der Umsetzung „vor Ort“, in der ländlichen und städtischen Basis der Gesellschaft, ergaben sich unfreiwillige Verzögerungen ebenso wie aus dem Widerstand politischer Gegner, der erst überwunden werden musste. So konnte der „Phönix aus der Asche“ nicht unmittelbar erstehen; die Verwirklichung ehrgeiziger Ziele musste unfreiwillig in die Zukunft verschoben werden. Heute würde man wohl von einer Politik der Ankündigungen sprechen. Das berühmte Beispiel dafür in den preußischen Reformen ist die Verfassungspolitik mit den mehrfachen „Verfassungsversprechen“ Hardenbergs seit 1810. <sup>18</sup> Schon begrifflich ist damit ein Vorgriff in die Zukunft angesprochen. Er war freilich, zumal in den Jahren 1810/12, nicht so gemeint, dass der Staatskanzler die Verfassung an den Endpunkt einer längeren Strecke der politischen Entwicklung und „Modernisierung“ rückte. Vielmehr setzte er die Hebel, in die er das Versprechen einer repräsentativen Vertretung bzw. einer geschriebenen Konstitution kleidete, ja ganz bewusst so an, dass sie die Verfassung praktisch unmittelbar erzwingen sollten: Das Finanzedikt von 1810 mit dem ersten der drei „Verfassungsversprechen“ wollte so verstanden sein, dass die öffentliche, staatsbürgerliche Garantie der Schulden im Gegenzug eine Vertretung der politischen „Nation“ unmittelbar nötig mache. Auch hier ging die Intention der Reformen also nicht auf eine langfristige evolutionäre Perspektive, sondern wiederum auf ein „hic et nunc“.

Die Gegenwartsbezogenheit zumal im Denken der rationalen Reformer drückt sich, komplementär dazu, auch in einem Desinteresse an der Vergangenheit aus. Wenn die Denkschriften den König, den Hof, den zaudernden Teil der Administration überzeugen sollten, könnte man den Einsatz historischer Argumente zumindest in strategischer Absicht vermuten, um den vorgeschlagenen Neuerungen die Legitimation der Geschichte zu verleihen: So wie Preußen schon damals gehandelt habe, solle es auch in Zukunft fortschreiten. Doch war das nur ganz ausnahmsweise der Fall. Erst nach dem Hinweis auf eine friedliche Variante der Jakobiner, derer Preußen bedürfe, verweist die Rigaer Denkschrift Hardenbergs auf die eigene Geschichte: „Unter anderen, aber ähnlichen Umständen, jedoch bei einem ganz verschiedenen Zeitgeist

revolutionierte Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große nach der unglücklichen Epoche unter Georg Wilhelm gleichfalls seinen Staat und legte den Grund zu seiner nachherigen Größe.“<sup>19</sup> Als ein erneuertes friderizianisches Projekt etwa wird die eigene Regierungsarbeit nicht verstanden. Diese auffällige Abwesenheit der Geschichte mag damit zusammenhängen, dass die Reformer überwiegend „von außen“ kamen<sup>20</sup> und deshalb von Herkunft und Karriere her gar nicht so stark im Bewusstsein einer preußischen Kontinuität handeln konnten.

Auf jeden Fall unterstreicht dieser Befund das „Phönix aus der Asche“-Modell im Denken der Reformer: Eine scharfe Zäsur ist ganz unstrittig; im Chaos findet ein Neubau statt. Die Vergangenheit ist abgeschnitten, eine Zukunft im modernen Sinne aber erst begrenzt verfügbar. Das erscheint nicht so überraschend, weil es den Zeithorizonten auch in der „revolutionären Epoche“ um 1800, einschließlich der Französischen Revolution selber, weithin entsprach. Erst im weiteren Verlaufe des 19. Jahrhunderts haben wir uns angewöhnt, Revolutionen als Verheißungen für die Zukunft, als Versprechen auf ein besseres Leben in 50 oder 100 Jahren zu verstehen. In der Amerikanischen und der Französischen Revolution dominierte ein Zäsurbewusstsein, ein Bewusstsein vom revolutionären Moment des Neuen in der Gegenwart, nicht ein Horizont von Geschichte und Zukunft.<sup>21</sup>

### III. Die Erhitzung der Akteure und das Bewusstsein des Wandels

Die Einsicht in die desolaten äußeren Umstände förderte dieses Zäsurbewusstsein: Den Akteuren in Preußen stand klar vor Augen, dass sich etwas grundlegend veränderte und dass sie selber die Gelegenheit nutzen konnten, den Wandel und Neubau offensiv und explizit voranzutreiben. In diesem Sinne könnte man das Preußen der Jahre seit 1807 als eine „heiße“ Gesellschaft verstehen, wenn man einer von Claude Lévi-Strauss eingeführten, von Jan Assmann näher ausgeführten Unterscheidung folgt:<sup>22</sup> Demnach lassen sich Gesellschaften danach unterscheiden, wie sie Veränderungen wahrnehmen und zu gestalten versuchen. „Kalte“ Gesellschaften versuchen den Wandel herunterzuspielen, zu ignorieren. Auch ihre Akteure müssen sich neuen Herausforderungen stellen, doch interpretieren sie diese eben nicht als prinzipiell neu, sondern gewissermaßen als ein Weiterlaufen der Alltagsroutinen. „Heiße“ Gesellschaften dagegen greifen den Wandel begierig auf; sie versuchen ihn sich anzueignen, ihn voranzutreiben und sich als gestaltende Akteure dieses Wandels zu profilieren. Diese Beschreibung trifft auf die preußischen Reformer zweifellos in hohem Maße zu. Die Erregung der politischen Akteure, denen sich in der Krise des Staates plötzlich ein weites Handlungsfeld öffnete, auf dem sie sich mit dem mächtigen „Geist der Zeit“ verbünden konnten, ist auch in den Quellen greifbar. Altenstein verwendete in seiner Denkschrift eine verwandte Metaphorik, indem er die „Schlafsucht“ kritisierte und ihr die „Idee des Erweckens“ gegenüberstellte; Hardenberg griff das in seinem Text unmittelbar auf.<sup>23</sup> Die emotionale Erhitzung im Spätsommer 1807 ist bei dem späteren Staatskanzler sogar noch

deutlicher greifbar, denn seinen und Altensteins Vorschlägen, so erläutert er dem König, liege „nur die reinste Absicht, nichts Persönliches, nur Wohlwollen und heißer Wunsch, nützlich zu werden“, zugrunde. „Mit den heißesten Wünschen für den Preussischen Staat, dessen Beherrscher und sein höchstes Haus“ beschließt er auch seinen Text.<sup>24</sup>

Doch muss man Einstellungen zum Wandel, geht man von der Denkfigur „heißer“ und „kalter“ Gesellschaften aus, viel stärker differenzieren und dynamisieren, als das bei Lévi-Strauss und Assmann vorgesehen ist. Es scheint mir überhaupt zweifelhaft, ob man ganzen „Gesellschaften“ eine solche Haltung, einen solchen Modus der Weltbetrachtung zuschreiben kann.<sup>25</sup> Schon in nächster Nähe konnte die „Hitze“, welche die Reformer verspürten, mit der charakteristischen Kälte dessen beantwortet werden, der die Notwendigkeit tiefgreifenden Wandels überhaupt nicht erkannte und eher irritiert reagierte: Friedrich Wilhelm III. ließ Hardenberg am 2. Oktober in Reaktion auf dessen und Altensteins Abhandlungen „verbindlichsten Dank“ zukommen. „Allerdings“, fuhr er fort, „sind grelle Kontraste mit unseren zeitherigen Grundsätzen darin enthalten, und es gehört eine geschickte Leitung, um jene glücklich durchzuführen.“<sup>26</sup> Erst recht wehrte die adlige Opposition, die sich vor allem in der Kurmark gegen die Veränderungen der ländlichen Besitz- und Herrschaftsordnung durch Oktoberedikt, Kommunalreformen, Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit u.a. wandte, den Anspruch auf Wandel scharf ab und beharrte auf der Gültigkeit der überkommenen Ordnungen und Privilegien.

Das allerdings geschah, wie das Beispiel Marwitz' zeigt, durchaus nicht „kalt“, sondern in voller Leidenschaft und im vollen Bewusstsein der geschichtlichen Bedrohung, welche die Französische Revolution und die Hardenbergschen Konsequenzen aus ihr für die altpreußische Gesellschaft bedeuteten.<sup>27</sup> Man muss also—wiederum Lévi-Strauss und Assmann differenzierend—sehr wohl zwischen dem Bewusstsein der Veränderung und dem Bedürfnis nach ihr unterscheiden; man könnte angesichts der Vehemenz des Marwitzschen Widerstandes gegen den Wandel und seiner scharfen geschichtspolitischen Sicht auf ihn von einer „negativen Hitze“ sprechen. Oder anders gesagt: Auch in „heißen“ Gesellschaften wird erbittert um die Legitimation des Wandels, seine praktische Möglichkeit gestritten; wird um die Deutungshoheit über die Veränderung gekämpft.

Noch in ganz anderer Hinsicht blieb das Bewusstsein des Wandels gespalten. Auch im alltäglichen Handlungshorizont der heute als „radikal“ verstandenen Reformer war der Kampf um das Bündnis mit dem Zeitgeist, um die Revolutionierung der Gesellschaft, um die „öffentliche Meinung“<sup>28</sup> nur ein Teil der Realität. Ein anderer Teil blieb ganz mit den regulären Geschäften okkupiert, sorgte sich um die Abwicklung des administrativ-politischen oder auch privaten Alltags. So finden sich etwa in den Tagebüchern Hardenbergs kaum Hinweise auf die „heiße“ Leidenschaft, mit der seine Politik im umkämpften Feld auch gegen Widerstände betrieb; erst recht keine Bekenntnisse, Programmklärungen oder geschichts-

philosophischen Spekulationen über das „Wohin“ der Reformen.<sup>29</sup> Die zentralen Akteure der Reformen blieben selber im Zustand der partiellen Erhitzung. Es galt sein Leben zu führen, die anfallenden Probleme zu erledigen—und gelegentlich auch eine große politische Schlacht zu schlagen. Eine solche Perspektive „von innen“ schützt insofern vor einer Glorifizierung der Reformen, und vor einer Verabsolutierung ihrer intentionalen Strategien.

Dennoch sind solche Strategien unübersehbar. Sie richteten sich darauf, einen abstrakten Akteur zu entwerfen und zu rechtfertigen, der unabhängig von einzelnen Personen den „Geist der Zeit“ verkörpern und den Wandel steuern konnte. Es ging also um die bewusste Kontruktion von „agency“, denn auf den „Weltplan“ alleine konnte man sich, wie wir gesehen haben, nicht verlassen, schon weil man ihn nur teilweise erkennen konnte. Hier gewann der einheitliche, kraftvolle Staat seine spezifische Bedeutung für die preußischen Reformen. Er war mehr als nur ein sachliches Ziel unter anderen—als Staatsreform neben der Universitäts-, oder Gewerbe-, oder Städtereform. In ihm sollte gewissermaßen konzentriert die Hitze erzeugt werden, welche den geplanten Neuaufbau Preußens vorantrieb. Immer wieder war deshalb in ganz ähnlichen Formeln von „mehr Einheit und Kraft“ die Rede, die die staatliche Organisation gewinnen müsse.<sup>30</sup> Der einheitliche Staat wiederum bedurfte, so hob besonders der strikt rationalistisch denkende Altenstein hervor, auch einer einheitlichen Idee, die dem Wandel eine Richtung geben und der Menschheit Vervollkommnung versprechen konnte.<sup>31</sup>

#### **IV. Abkühlung und Entschärfung des Krisenhorizontes**

Mindestens eine weitere Einschränkung des Modells der „heißen“ und „kalten“ Gesellschaften fällt bei jeder Beschäftigung mit den preußischen Reformen ins Auge. Sie ist sogar der grundlegende Einwand jeder historischen Perspektive: Das Bewusstsein des Wandels und das Bedürfnis, diesen Wandel kraftvoll voranzutreiben, ist kein statisches Merkmal, sondern höchst dynamisch und zugleich fragil. Nur in bestimmten Phasen, nur auf begrenzte Zeit können Gesellschaften in dem Bewusstsein beschleunigten Wandels leben; nicht unbegrenzt können Regierungen ihren Bürgern zumuten, grundlegende Veränderungen mitvollziehen zu müssen. Das ist immer wieder auch eine Erfahrung des 20. Jahrhunderts gewesen. Zunächst musste sich aus einer Phase der relativen Stabilität ein Gefühl für die Dringlichkeit der Veränderung ergeben: die Überzeugung bei wichtigen Akteuren, in einer krisenhaften Situation zu stehen, die entschieden zu handeln ebenso erfordere wie möglich mache. Dieser Prozess der „Erhitzung“ vollzog sich in Preußen vor allem im Jahr 1807 mit erstaunlicher Schnelligkeit, wenn auch nicht voraussetzungslos. Man müsste noch genauer danach fragen, wie in der äußeren Krise des Staates das Bewusstsein der Veränderung generiert und kommuniziert werden konnte.

Ebenso ließ sich die „heiße Phase“ der Reformen nicht unbegrenzt fortführen. Die Dynamik

der Aktionen ließ nach; die Begeisterung der Ideen nutzte sich im Laufe der Zeit ab; die Überzeugung, gerade jetzt die Veränderung und den „Neubau“ bewirken zu müssen, wich wieder der Gewöhnung in den Verhältnissen. In den preußischen Reformen war dieser Zeitpunkt etwa nach fünf bis sechs Jahren, also um 1812/13 erreicht. Die Veränderung der äußeren, machtpolitischen und militärischen Konstellation—das Zurückweichen Napoleons, der Beginn der Befreiungskriege—spielte dabei eine wichtige Rolle, erklärt jedoch die erlahmende Energie und das nachlassende Pathos nur zum Teil. Auch in Revolutionen stellt sich fast regelmäßig die Frage, wie man aus der beschleunigten Mobilisierung und Radikalisierung wieder heraus in die Normalität, in die „kalte“ Gesinnung findet. Für die Französische Revolution ist dieser Punkt und dieses Problem mit der Metapher vom „Thermidor“ bezeichnet; im angloamerikanischen Kontext des 17. und 18. Jahrhunderts spricht man vom „settlement“ der Revolutionen. Die Erwartungen schmelzen wieder ab; das Krisenbewusstsein weicht der Suche nach dem normalen Gang der Dinge. Diese Abkühlung lässt sich auch im Horizont der preußischen Reformer verfolgen. Sie ist weniger in einem Abschied von utopischen Zukunftsprojektionen greifbar, weniger als Umpolung des Zeithorizontes von der Zukunft auf die Gegenwart verstehbar. Denn eine evolutionär-lineare Zukunftsperspektive lag dem Denken und Handeln der Reformer, wie wir hier argumentiert haben, nicht so sehr zugrunde. Eher artikuliert sie sich in dem Bewusstsein, dass die Gegenwart nicht die Merkmale einer scharfen Krise trage, in der politisches Handeln unbedingt erforderlich sei, um aus dem Chaos neue Ordnung zu schaffen. Aus dem Wandel konnte jetzt Kontinuität gestaltet werden—bis in den 1840er Jahren andere Akteure „heiße Köpfe“ bekamen und nicht nur von Krise und Veränderung sprachen, sondern auch neuartige Projektionen der Zukunft entwickelten.

- 
- 1 Vgl. Eike Wolgast, Art. Reform, Reformation, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 313-360.
  - 2 Siehe z.B. Barbara Stollberg-Rilinger, *Europa im Jahrhundert der Aufklärung*, Stuttgart 2000, Kap. 8, S. 194-230.
  - 3 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1: *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815*, München 1987.
  - 4 Christof Dipper, *Hardenberg als Reformpolitiker: Ein Kommentar*, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.), „Freier Gebrauch der Kräfte“. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung, München 2001, S. 191-195, hier S. 191 (die Forschungen Barbara Vogels u.a. referierend).
  - 5 Paul Nolte, *Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit*, in: Stamm-Kuhlmann (Hg.), „Freier Gebrauch“, S. 197-216, bes. S. 211f.
  - 6 Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt 1979; manche Kategorien implizit auch schon in seiner Analyse der preußischen Reformen: ders., *Preußen zwischen Reform und Revolution*, Stuttgart 1967.
  - 7 Stein (Konzept Schön) an Schroetter, 22.11.1807, in: Heinrich Scheel (Hg.), *Das Reformministerium Stein*, Bd. I, Berlin 1966, S. 89.
  - 8 Wilhelm Anton Klewitz, *Grundidee zur Organisation des Preußischen Staates*, Tilsit, 9.7.1807, in: Georg Winter (Hg.), *Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg*, Leipzig 1931, S. 569.

- 9 Altenstein, Rigaer Denkschrift, 11.9.1807, in: ebd., S. 364-566, hier S. 369.
- 10 Hardenberg, Rigaer Denkschrift, 12.9.1807, in: ebd., S. 302-363, hier S. 313.
- 11 9.10.1807; zit. nach Heinrich Scheel (Hg.), Das Reformministerium Stein, Bd 1, Berlin 1968, S. 12.
- 12 Bemerkungen Steins über die Aufhebung der Erbbuntertänigkeit, 8.10.1807; ebd., S. 10.
- 13 Vgl. Wolgast, Art. Reform, Reformation, S. 345f.
- 14 Vgl. den Beitrag von Barbara Stollberg-Rilinger zu dieser Konferenz.
- 15 Hardenberg, Rigaer Denkschrift; Winter (Hg.), Reorganisation, S. 305.
- 16 Ebd., S. 306.
- 17 Ebd.
- 18 Vgl. Nolte, Vom Paradigma zur Peripherie; dort auch die ältere Literatur zum Thema.
- 19 Hardenberg, Rigaer Denkschrift; Winter (Hg.), Reorganisation, S. 306.
- 20 Darauf hat v.a. Barbara Vogel, Allgemeine Gewerbefreiheit, Göttingen 1983, dezidiert hingewiesen.
- 21 Vgl. auch Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1965. —Vgl. auch Lucian Hölscher, Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt 1999.
- 22 Claude Lévi-Strauss, Das wilde Denken, Frankfurt 1973, S. 270; Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, Frankfurt 1992, S. 68-70.
- 23 Altenstein, Rigaer Denkschrift; Winter (Hg.), Reorganisation, S. 370; Hardenberg, Rigaer Denkschrift; ebd., S. 305.
- 24 Ebd., S. 304, S. 363.
- 25 Vielleicht nicht zufällig beschäftigen sich Lévi-Strauss wie Assmann primär mit „einfachen“, wenig differenzierten Gesellschaften, aus der Sicht der Ethnologie und der Ägyptologie.
- 26 Friedrich Wilhelm III. an Hardenberg, 2.10.1807, in: Winter (Hg.), Reorganisation, S. 566.
- 27 Das zeigt sehr schön: Ewald Frie, Friedrich August Ludwig von der Marwitz 1777-1837. Biographien eines Preußen, Paderborn 2001. Vgl. auch Klaus Vetter, Kurmärkischer Adel und preußische Reformen, Weimar 1979.
- 28 Vgl. Andrea Hofmeister-Hunger, Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822), Göttingen 1994.
- 29 Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.), Karl August von Hardenberg (1750-1822). Tagebücher und autobiographische Aufzeichnungen, München 2000.
- 30 Plan zu einer neuen Organisation der Geschäftspflege im Preußischen Staat, 23.11.1807, in: Scheel (Hg.), Reformministerium Stein, Bd 1, S. 100 (Präambel). Vgl. Gutachten Klewitz, 14.12.1807, in: ebd., S. 222.
- 31 Altenstein, Rigaer Denkschrift; Winter (Hg.), Reorganisation, S. 369ff.